

Rechtsgebiet: 16. Herzogtum Sachsen = Coburg = Gotha.

Gesetzliche Grundlage:  
Gemeindegesetz vom 11. Juni 1858.

I. Voraussetzungen für den Erwerb des Bürgerrechts.	<p>Das ganze Staatsgebiet zerfällt in Heimatsbezirke, die sich im wesentlichen mit den Gemeindebezirken decken. Das „Gemeinde-Heimatsrecht“ wird erworben</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. durch Ehe (von Frauen),</li> <li>2. durch Geburt (in dem Bezirke, wo der Vater oder die uneheliche Mutter zur Zeit der Geburt das Heimatsrecht besaß, oder soweit ihnen zur Zeit der Geburt des Kindes kein Heimatsrecht zustand, in dem Geburtsorte),</li> <li>3. durch Legitimation oder Adoption,</li> <li>4. durch Aufnahme bei Zahlung eines Bürgergeldes (in der Regel 15 Mk.),</li> <li>5. durch Anstellung im Hof-, Staats-, Kirchen- oder Schuldienste,</li> <li>6. durch Zuweisung (Findlinge, Kinder heimatloser Eltern u. s. w.)</li> </ol>
II. Voraussetzungen des aktiven Wahlrechts.	<p>Voraussetzung des Stimmrechts ist der Besitz des Gemeindeheimatsrechts.</p> <p>Ob noch andere Erfordernisse, z. B. ein bestimmtes Alter, eine bestimmte Dauer des Aufenthalts in der Gemeinde u. s. w., vorgeschrieben sind, läßt sich aus der Auskunft, die der Stadtrat in Gotha erteilt hat, nicht ersehen. Ein Exemplar des Gemeindegesetzes war nicht zu erlangen, da es im Buchhandel nicht mehr zu haben ist.</p>
III. Voraussetzungen des passiven Wahlrechts.	<p>Wählbar ist jeder Stimmberechtigte, der das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat. Nicht wählbar sind ständig besoldete Gemeindebeamte und die Oberaufsicht über Gemeindeverwaltung und Ortspolizei ausübende Staatsbeamte.</p>
IV. Besteht eine Klasseneinteilung der Wähler?	<p>Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht.</p>
V. Besteht eine Klasseneinteilung der zu Wählenden?	<p>Nein.</p>
VI. Bemerkungen.	<p>Das Wahlsystem ist dadurch, daß nur geschriebene Zettel abgegeben werden dürfen, ziemlich umständlich, und ist auch insofern veraltet, als seine Bestimmungen mit den Reichsgesetzen über Unterstützungswohnsitz, Freizügigkeit und Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit nicht in Einklang stehen. Eine Neuregelung wird schon seit längerer Zeit geplant.</p>